

Die Macht der Worte

*„Worte können sein wie winzige Arsendosen:
sie werden unbemerkt verschluckt,
sie scheinen keine Wirkung zu tun,
und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung noch da.“*

(Victor Klemperer, Lingua Tertii Imperii (LTI) - die Sprache des Dritten Reiches. 1947)



Führende Politiker der „Alternative für Deutschland“ (AfD) geben vor, die Volksmeinung zu vertreten. Der Bundessprecher Alexander Gauland in einem Interview mit Radio Bremen: „Wir sind bestimmt eine populistische Partei, weil wir dem Volk aufs Maul schauen.“ Bei näherer Betrachtung kann man feststellen, dass er und andere Vertreter_innen seiner Partei den Menschen bestimmte Vokabeln in den Mund legen, die die AfD dann später als Volksmeinung ausgeben kann.

Professor Joachim Scharloth von der Technischen Universität Dresden hat Verlautbarungen, Wahlprogramme und Pressemitteilungen verschiedener Parteien sprachwissenschaftlich untersucht. Er stellt fest: die AfD ist besonders auffällig. In der Sprache der AfD finden sich sehr viele skandalisierende und provozierende Ausdrücke, eine hohe Anzahl negativ wertender Adjektive und reichlich emotional aufgeladene Verstärker. Die Grenze des Sagbaren wird immer mehr verschoben. Problematische Begriffe sollen bewusst salonfähig gemacht werden. Oftmals benutzen AfD-Vertreter Wörter wie „sogenannt“, „angeblich“ oder „vermeintlich“, um gewollte Unterstellungen zu verhüllen. So sprechen sie z.B. von „sogenannten Flüchtlingen“. Hierdurch wird vermittelt, Menschen, die in Deutschland Antrag auf politisches Asyl stellen, seien eigentlich keine richtigen Flüchtlinge oder Schutzsuchende. Sie seien daher nicht wie solche zu behandeln.

Die AfD setzt mit allen Mitteln darauf, Resonanzen zu erzeugen und sich als Protestpartei darzustellen. Dafür bricht sie Tabus und polarisiert. Sie inszeniert Konflikte. Sie spricht so, dass über sie gesprochen wird. Die aggressive Sprache der AfD soll durch simple, bildhafte und drastische Ausdrücke im Gedächtnis bleiben. Komplexe Zusammenhänge werden bei der AfD oft in einfache Deutungsraaster gebracht, Schubladendenken ersetzt differenziertes Verstehen. „Konzentration auf Eingängiges geht vor Vollständigkeit, harte und provokante Slogans sind wichtiger als lange, um Differenzierung bemühte Sätze...“ (AfD-Manifest 2017). AfD-Politiker geben immer wieder Äußerungen maximaler Angriffslust von sich. So kündete Alexander Gauland nach der Bundestagswahl an: „Wir werden sie jagen, wir werden Frau Merkel oder wen auch immer jagen – und wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen.“ „Volk“ ist bei der AfD ein Zentralbegriff. Er wird dabei in den Gegensatz zweier Welten eingebettet: WIR und die ANDEREN. Eine Welt, die nur aus zwei gegensätzlichen Gruppierungen besteht, ist bedeutend leichter zu verstehen als eine Welt, die vielseitig und pluralistisch ist. Wer zum Volk gehört, definiert die AfD häufig vertikal abgrenzend gegen das Establishment bzw. die Eliten, denen die Macht entrissen werden muss und horizontal abschottend gegen Ausländer_innen, die nicht dazu gehören (sollen). Beispielhaft zeigte Alexander

Gauland im Sommer 2017 diese Vorgehensweise in seiner Rede gegen die Hamburger Bundestagsabgeordnete Aydan Özoğuz, seinerzeitige Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und somit Mitglied des politischen Establishments, die Gauland „in Anatolien entsorgen“ wollte, nachdem ihr im thüringischen Eichsfeld als „Ausländerin“ – auf seinen Rat hin - gezeigt worden sei, „was spezifisch deutsche Kultur ist.“ Gauland spielt dabei mit Metaphern; er weckt Assoziationen, die besonders bei Menschen mit rechtsextremen Einstellungen begeistert aufgenommen werden.

Nach dem Schulterchluss führender AfD-Vertreter mit Rechtsextremen auf dem „Trauermarsch“ in Chemnitz Anfang September 2018 tritt Jörn Kruse, Co-Fraktionsvorsitzender der AfD in der Hamburgischen Bürgerschaft, aus der Partei aus. „Die waren nicht zufällig in einer Demo zusammen. Die haben es bewusst geplant, ganz bewusst den Schulterchluss gemacht mit Pro-Chemnitz, mit Pegida und so weiter,“ sagt er Ende September im NDR. Eine Einschätzung, die der jetzt alleinige Hamburger Fraktionsvorsitzende, Alexander Wolf, nicht teilt: „Ich kann versichern, dass die Partei im Land hier in Hamburg wie bundesweit einen vernünftigen, seriösen, patriotischen, freiheitlichen Kurs fährt. Die Äußerungen von Kruse Richtung angeblicher Rechtsruck sind Quatsch.“

Alexander Wolf ist für die AfD auch im Schulausschuss der

Hamburgischen Bürgerschaft. Er hat zahlreiche Anfragen zu bildungspolitischen Themen im Parlament eingebracht und entsprechende Reden gehalten. Es lohnt sich, seine Statements als AfD-Politiker näher zu betrachten, ob sie so vernünftig und seriös sind, wie er den Kurs seiner Partei beschreibt. Inwieweit versucht Wolf analog zu anderen AfD-Politikern über Sprache das Denken seiner Zuhörer_innen in eine bestimmte Richtung zu lenken, welche Assoziationen will er hervorrufen, welche Metaphern benutzt er? Wie ist seine Sprache auf dem Hintergrund der o.g. Untersuchungen von Professor Scharloth einzuschätzen?

Wolf lehnt „political correctness“ ab (s. www.afd.de/person/dr-alexander-wolf/), also den Anspruch, Ausdrücke und Handlungen zu vermeiden, die Gruppen von Menschen kränken oder beleidigen können. Seinen Gegnern hält er jedoch Verstöße hiergegen vor. Er unterstellt in verschiedenen parlamentarischen Anfragen, es gäbe gegen die AfD eine systematische politische Indoktrination an verschiedenen Hamburger Schulen. Hierzu zählt er auch die Auseinandersetzung um gespendete Schulrucksäcke an Flüchtlingskinder. Eltern hätten der AfD berichtet, die Kinder seien von ihren Klassenlehrer_innen zum Spenden ihrer getragenen Rucksäcke indirekt gezwungen worden (Ds. 21/12825). Wolf zitiert in seiner Kleinen Anfrage zur Indoktrination (Ds. 21/8884) eine „betroffene Mutter“, die sich an ihn gewandt hätte: „Unser Kind ist in der Grundschule (!) ausgegrenzt(!) worden aufgrund seiner kritischen Haltung zu sogenannten Flüchtlingen. Dort fand ganz generell etwas statt, was ich als Gehirnwäsche bezeichnen möchte, wo die Kinder unter Ausnutzung ihrer Arg- und Ahnungslosigkeit darauf getrimmt worden sind, den soge-

nannten Flüchtlingen gegenüber eine positive Grundhaltung einzunehmen, inklusive Spendenlauf.“ Als Verantwortliche für diese „Gehirnwäsche“ benennt die von Wolf bewusst so zitierte Mutter die Klassenlehrerin ihres Kindes, „die als Ausländerin verständlicherweise keine besondere Bindung zu Deutschland empfindet“.

Wolf sieht die AfD als Opfer von gezielten Benachteiligungen in der Schule. In diesem Zusammenhang möchte er die Namen von Lehrpersonen und Schulleitungsmitgliedern wissen, die an Anti-AfD-Veranstaltungen und -Aktionen im Rahmen schulischer Verantwortung teilgenommen, davon gewusst bzw. nichts dagegen unternommen hätten. Er möchte namentlich wissen, wer was konkret getan und gesagt hat, während er sich selbst auf nicht näher gekennzeichnete Dokumente und Hinweisgeber bezieht. Die Rechtsauffassung, auf die der Senat in seiner Antwort verweist, nämlich Namen von Lehrkräften aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht zu nennen (Recht auf informationelle Selbstbestimmung aus Artikel 2 Abs.1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz), konnte Wolf sich als Rechtsanwalt bereits vorher erschließen.

Offensichtlich verfolgt er mit solcherart Fragestellung aber die Taktik, unterschwellig Verhaltenssteuerung vor Ort zu beeinflussen. Dieses lässt sich auch in seiner Kleinen Anfrage zur Handreichung der Amadeu Antonio Stiftung erkennen (Ds. 21/4715). Dort will er u.a. wissen, ob und wo Zusammenkünfte von GEW-Mitgliedern in Diensträumen stattfanden, in denen die Handreichung diskutiert wurde und welche Nicht-GEW-Mitglieder an diesen Zusammenkünften beteiligt waren. Schulleitungen und GEW-Vertretungen sollten dazu konkret befragt werden. Wolf möchte in einer anderen Kleinen Anfrage (Ds. 21/10085) den Senat dazu bringen, sich zum Unterstützerkreis von „Aufstehen gegen Rassismus“ zu äußern. Wolf möchte vom Senat wissen, ob dieser eine Unterstützung des Bündnisses durch Landesbeamte für vereinbar mit dem Beamtenstatusgesetz hält. Auch hier geht es m.E. Wolf um eine präjudizierende Wirkung. Interessierte an „Aufstehen gegen Rassismus“ sollen von einer Teilnahme abgeschreckt werden.

Wolf markiert wie andere AfD-Politiker_innen bestimmte Wörter. Beispiel: Bei der Diskussion zur finanziellen Förderung des ehrenamtlichen Enga-



Politische Indoktrination immer schlimmer: Riesige Propaganda-Plakate an Dortmunder Grundschulen!

Filmpremiere
20. Nov. 2018, 19 Uhr,
Trinitatisgemeinde,
Bremer Str. 15,
Eintritt frei

50 Jahre 68er-Bewegung
**„Mit Jesus auf die Barrikaden“ –
Christ*innen in der 68er-Revolte,**

Mit Gretchen Datschke-Klotz, Katja Eibstein, Eva Quistorp, Konstantin Wecker, Fulbert Streflensky, Pfarrer Manfred Engelbrecht, Jürgen Treulieb, Hans-Christian Strübele, Helmut Gellwitzer, Karola Bloch, Ulrich Duchrow, Dorothea Sülle und jungen Christ*innen von heute.

Am 7. Juni 1967 wurde der Student Benno Ohnesorg von dem Polizisten Karl Holze getötet auf der Demonstration in Berlin (West) gegen den Besuch von Przewytschna, sein Tod radikalisierte die damalige Freisprengaktion. Was viele nicht wissen: Ohnesorg gehörte zu einer „Christlichen Studentenbrigade“.

Am 11. April 2018 glückte sich zum 50. Mal der Tag des Attentats auf Rudi Dutschke. Für Dutschke, verbunden mit der Theologiestudentin Gretchen Klotz, war Jesus ein revolutionäres Vorbild, ebenso für die Theolog*innen Dorothea Sülle und Helmut Gellwitzer.

Der Film erinnert an die wichtige Bedeutung von christlichen Vorkämpfer*innen und deren Wort in dieser Epoche und stellt die Frage: Können Jesus und die Bibel auch heute Menschen dazu inspirieren, für eine bessere Welt einzustehen.

Ökumenische FriedensDekade
11. bis 21. November 2018
www.friedensdekade.de

gements des Flüchtlingsforums in der Hamburger Bürgerschaft prägt er den Begriff der „Flüchtlingsindustrie“, um seine Kritik zu dramatisieren. *„Es geht im Kern darum, die Flüchtlingsindustrie weiter zu fördern, sie auszubauen und ihr weitere staatliche Mittel zur Verfügung zu stellen“* (Plenarprotokoll 21/12, S.742). Er wendet sich dabei u. a. gegen die Träger der freien Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Selbstorganisationen und den Integrationsbeirat. Die Durchführung von Informationsveranstaltungen zur Unterbringung von Flüchtlingen, zu ihrer Integration und Partizipation nennt er „Pro-Asyl-Propaganda“. „Früher

nannte man das Propaganda. Ich wiederhole Propaganda.“ Diese fördere die „Massenimmigration, die uns derzeit überrollt.“ Bei diesen Menschen – so Wolf weiter – handle es sich überwiegend um „Einwanderer aus fremden Kulturkreisen...“, die häufig nicht integrationswillig und integrationsfähig sind.“ Er stellt die Ausgaben für Flüchtlinge den geringen Altersrenten Deutscher gegenüber und konstruiert damit bewusst ein nicht existentes Junktim. „Das Schlimme aber ist, dass hier mit Unsummen an Steuergeldern Ausländer letztlich dauerhaft angesiedelt und alimentiert werden, die dieses Land längst wieder hätten verlassen müssen. Es gärt in der

Bevölkerung angesichts dieser Zustände [...] Für illegal Zugewanderte werden Unsummen locker gemacht, während immer mehr Deutsche von Armutsrenten leben und ein unwürdiges Leben fristen.“

Wolf bezeichnet die Anmeldung des Themas „Rechtsextremismus beim Namen nennen“ durch die Fraktion der Grünen zur Aktuellen Stunde in der Hamburgischen Bürgerschaft einen scheinheiligen Aufstand der Anständigen, wo die „moralische Keule“ gegen die Teilnehmer_innen der „Merkel-muss-weg“-Demo geschwungen werde (<https://www.youtube.com/watch?v=ZTorv6cvFjg>). Wolf verteidigt die Teilnehmer_innen der Anti-Merkel-Demo als wahre Demokraten. Sie würden mit ihrem öffentlichen Zusammenkommen ein Zeichen setzen für „Courage und Mut“ und die „Bürgergesellschaft gegen den Obrigkeitsstaat“ verteidigen, der – so Wolf – „heute nicht mehr mit Perücke und Schnallenschuhen auftritt, sondern in Gestalt eines sozialdemokratischen Innensenators und seines Verfassungsschutzes.“ Die Hamburger Morgenpost berichtete: „Der Hamburger Verfassungsschutz hat Verbindungen der rechtspopulistischen Partei AfD zu offen rechtsextremistischen Organisationen aufgedeckt. Bindeglied seien dabei die „Merkel muss weg“-Demonstrationen. Die rechtsextremen Organisatoren dieser Demos haben nachgewiesener Weise Kontakt mit Landesverbänden der AfD.“ Innensenator Andy Grote hatte im NDR darauf aufmerksam gemacht: „Jeder, der da hinkommt, muss wissen, dass er mit Rechtsextremen gemeinsame Sache macht.“ Er verwies darauf, dass die Initiatorin dieser Anti-Merkel-Kampagne von der AfD-Fraktion als Rednerin zu einer Veranstaltung ins Rathaus eingeladen worden sei. „Das ist jetzt nicht Ausdruck von größtmöglicher Di-

stanz“ (Hamburger Abendblatt 12.3.2018).

Alexander Wolf inszeniert sich in der Hamburgischen Bürgerschaft gerne als mutigen Sprecher gegen Machtmissbrauch, so mit seiner peinlichen Rede „J'accuse“ („Ich klage an“) in der Nachfolge von Emile Zolas berühmten offenen Brief zu den Fälschungen in der Dreyfus-Affäre (www.youtube.com/watch?v=m6OjBZ6oRUc): „[...] Ich klage an, die Vergabe von Steuergeldern an Organisationen, an Stiftungen und linke Projekte, hinter denen sich allzu

oft auch Linksextreme verbergen. Ich nenne beispielhaft attac oder auch die Amadeo Antonio Stiftung. Ich klage an die Verharmloser in Politik und Gesellschaft, die das über viele Jahre sehenden Auges zugelassen haben...“

Im Sommerinterview des NDR am 31.7.2018 sieht Alexander Wolf keinen Grund, sich von Gaulands Einschätzung beim Bundeskongress der Jungen Alternativen im Juni 2018 zu distanzieren, „Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über tausend Jahre erfolgreicher

deutscher Geschichte.“ Es sei – so Wolf – lediglich eine „unglückliche Formulierung“.

Alexander Wolf gehört zu denjenigen, die mit ihren „unglücklichen Formulierungen“ bestimmte Einstellungen subtil fördern wollen. Er ist einer der AfD-Politiker_innen, die polarisieren, skandalisieren und diffamieren. Die sprachwissenschaftliche Betrachtung seiner Äußerungen kann dazu beitragen, seine tatsächlichen Absichten offenzulegen.

STEFAN ROMEY




Akzeptanz für Vielfalt

gegen Homo-, Trans*-
und Inter*feindlichkeit



Ein Modellprojekt
der Akademie Waldschlösschen
im Bundesprogramm »Demokratie leben!«
des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend

Gefördert vom
 Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie leben!

Modul I: 19.-20.11.2018 (Mo, 11:00 Uhr - Di, 14:30 Uhr)

Geschlechterwissen praktisch:

Grundkenntnisse zu Vielfaltsdimensionen und Differenzkategorien (Diversity, Gender und sexuelle Identität)

Modul I führt in das Thema vielfalts- und genderreflektierter Pädagogik und die Konzepte von Diversity, Gender und sexueller Identität ein.

Anmeldung

Anerkannte Lehrkräftefortbildung

Die Fortbildung ist als anerkannte Lehrkräftefortbildung über das Kompetenzzentrum Göttingen – Netzwerk für Lehrkräftefortbildung ausgeschrieben. Anmeldungen sind über den Online-Weiterbildungskatalog des Kompetenzzentrum Göttingen möglich.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Dr. Dirk Jahreis

Georg-August-Universität Göttingen
Netzwerk Lehrkräftefortbildung (NLF)

Waldweg 26, 37073 Göttingen,
Raum 0.118 (Eingang ASC)

Fon 05 51 / 39 - 21 44 0
Mobil 01 57 / 71 95 61 39

Kevin Rosenberger, M.A.

Projektkoordinator
„Akzeptanz für Vielfalt –
gegen Homo-, Trans*- und
Inter*feindlichkeit“

Akademie Waldschlösschen
37130 Gleichen bei Göttingen

Fon 0 55 92 / 92 77 - 26

info@akzeptanz-fuer-vielfalt.de
www.akzeptanz-fuer-vielfalt.de



Für sexuelle und
geschlechtliche Vielfalt* in Niedersachsen